



VSW-Neujahrsempfang 2012

17.01.2012, ICC Dresden

Bodo Finger

Präsident der Vereinigung der Sächsischen Wirtschaft e.V.

Es gilt das gesprochene Wort.

Landesvertretung Sachsen
von BDI und BDA

Vereinigung der
Sächsischen Wirtschaft e.V.

Washingtonstraße 16/16 A
01139 Dresden
PF 300 200
01131 Dresden
Tel.: (03 51) 2 55 93 0
Fax: (03 51) 2 55 93 78
vsw@hsw-mail.de
www.vsw-direkt.de

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

für die Vereinigung der Sächsischen Wirtschaft, aber auch ganz persönlich, wünsche ich Ihnen ein erfolgreiches Jahr 2012. Bleiben Sie vor allem gesund und lassen Sie uns gemeinsam daran arbeiten, die Beschäftigung weiter aufzubauen und die Produktivität in unseren Unternehmen weiterhin zu verbessern. Denn genau diese beiden Elemente sind Schlüssel für die soziale Balance unserer Gesellschaft: Beschäftigung ist der beste Schutz vor Armut und Produktivität leistet einen wesentlichen Beitrag zur Preisstabilität.

Herzlich willkommen zu unserem Neujahrsempfang.

Die Bundeskanzlerin hat uns gesagt, dass das vor uns liegende Jahr schwierig wird, dass es Deutschland jedoch gut geht. Als weihnachtliche Friedensbotschaft verstanden kann ich mich dieser Ansicht anschließen, aber heute und hier – unter uns – können wir uns fragen, ob es uns vielleicht nur relativ gut geht. Wenn der Finanzminister mit 300 Mrd. Euro knapp die Hälfte seines Budgets für Zins und Tilgung unserer Schulden einsetzen muss, dann ist das nicht deshalb akzeptabel, weil andere Staaten noch höher verschuldet sind; und nur weil uns eine fragwürdige Medienlandschaft mit den düsteren Prognosen des Staatsbankrotts immer neuer Mitglieder der Währungsunion in Atem hält, können wir uns doch hierzulande das Verschleppen immer und immer wieder angemahnter Reformen nicht länger gefallen lassen. Hier würde ich mir den Eifer und die Entschlossenheit wünschen, mit denen wir uns, scheinbar um jeden Preis, weltweit zum energie- und umweltpolitischen Musterknaben herausputzen.

Unter dem Vorbehalt hinlänglich stabiler Finanzmärkte sind die Aussichten für ein erfolgreiches Jahr durchaus gegeben. Dem verarbeitenden Gewerbe, und vor allem der Metall- und Elektroindustrie, wird ein überdurchschnittliches Wachstum von 4 Prozent vorausgesagt, was für viele Unternehmen die Rückkehr zur gewinnoptimierenden Auslastung ihrer Kapazitäten bedeutet und die notwendigen internen Konsolidierungen erlaubt, an die in der Übereilung der vehementen Expansion nicht zu denken war. Notwendigerweise kürzere Planungszyklen, flexiblere Kosten- und Beschäftigungsstrukturen und eine völlige Neuausrichtung des Risiko- und Präventionsmanagements, vor allem in Hinblick auf Liquiditätseinbrüche, sind zwingende Schlussfolgerungen aus der Krise und sollten nun die Überprüfung der strategischen Positionierung des Unternehmens nach sich ziehen.

Der Arbeitsmarkt zeigt sich ungewöhnlich robust und die vergleichsweise niedrige Arbeitslosenquote von aktuell 6,6 Prozent könnte sich mit 5,4 Prozent der volkswirtschaftlich definierten Vollbeschäftigung nähern, wenn eine halbe Million Arbeitsuchende eine passgenaue Qualifikation aufzuweisen hätten.

Und schließlich haben steigende Einkommen, eine Inflationsrate von 2,3 Prozent sowie niedrige Zinsen für ein Konsum- und Investitionsverhalten gesorgt, das der deutschen Wirtschaft 2012 weiterhin belebende Impulse geben kann.

Geben kann, wenn sich die politisch bestimmten Rahmenbedingungen unbeirrt an der Sozialen Marktwirtschaft orientieren und die Inhalte von Reformen – auf die ich an dieser Stelle nicht zum wiederholten Mal im Detail eingehen möchte – diese Wirtschaftsordnung nicht zugunsten staatlicher Lenkungsmechanismen unterlaufen.

Nach nun 20 Jahren erfolgreicher Aufbauarbeit in Sachsen können wir auf das Erreichte stolz sein und feststellen, dass wir hier im Freistaat besser vorangekommen sind als anderswo. Das ist aber noch lange kein Grund, Bescheidenheit und das Augenmaß für die Verwendung der zur Verfügung stehenden Mittel aufzugeben und sich der überdehnten Wohlfahrt zuzuwenden, die wir als ursächlich für den Schuldenberg in Erinnerung behalten wollen.

Aus den strukturellen Defiziten des Verarbeitenden Gewerbes in Sachsen – und Handwerk, Handel und Dienstleistungen sind direkt oder indirekt gleichermaßen betroffen – können Sie grundsätzliche Problemfelder für die Politik und gleichzeitig Schwerpunkte für Ihr eigenes unternehmerisches Handeln ableiten.

Das Verarbeitende Gewerbe in Deutschland – d. h. einschließlich der neuen Bundesländer – auf 100 gesetzt, führt im Freistaat zu folgenden ernüchternden Relationen: Anzahl der Betriebe mit mehr als 20 Mitarbeiter 64 Prozent, Interne F&E-Intensität 35 Prozent, Exportanteil 78 Prozent, Kapitalausstattung 110 Prozent, mit einem Ausrufezeichen – um auf den Fortfall der Fördermittel hinzuweisen – Produktivität 71 Prozent und dementsprechend das Entgeltniveau 72 Prozent.

Je länger eine wirksame Steuerreform, ein durchgreifender Bürokratieabbau, ein generationsgerechtes Rentenwerk, ein ökonomisches Gesundheitssystem, eine ideologiefreie Energie- wende, eine leistungsorientierte Bildungspolitik oder auch eine zielgerichtete Einwanderung auf sich warten lassen, umso länger wird es auch dauern, bis sich Sachsen tatsächlich mit den erfolgreichen Westländern auf Augenhöhe befindet. Denn die Versäumnisse behindern den Schwachen empfindlicher als den Starken.

Die Verwerfungen an den Finanzmärkten und die dadurch ausgelöste Krise der Realwirtschaft hat nicht nur zu einem kaum zu beziffernden materiellen Verlust geführt. Das Vertrauen der Bürger in die Soziale Marktwirtschaft und in die Führung von Unternehmen hat einen schwerwiegenden und nachhaltigen Schaden genommen. Das macht es der Politik nicht leichter, für eine Wirtschaftsordnung einzutreten, in der unternehmerische Freiheit ihre Legitimation aus der Moral des Marktes bezieht. Vor dem Hintergrund der zunehmenden Komplexität gesellschaftlicher Strukturen und wirtschaftlichen Handelns, aber auch mit Blick auf die erforderlichen Abstimmungen innerhalb der Europäischen Union – und mehr und mehr auch global – ist überhaupt die Frage zu stellen, in wie weit Politik in der Lage ist, wirksam regulierend einzugreifen und die sich weiter differenzierenden Funktionssysteme auf einen gemeinsam akzeptierten Kurs zu bringen. Auch Geld spielt natürlich eine Rolle, eine Besorgnis erregende Rolle, wenn ein überschuldeter Staat sich Zugriffsmöglichkeiten des Systems Wirtschaft gefallen lassen muss.

Wenn wir dies einfach so hinnehmen, dann verabschieden wir uns von einer Wirtschaftsordnung, die sich gerade in einer Extremsituation als beispielhaft leistungsfähig erwiesen hat. Wir übersehen dabei, dass die vom Staat zu setzenden Rahmenbedingungen nur so gut sein können, wie wir, die Unternehmen und die Unternehmer, verantwortungsvoll mit den Freiräumen umgehen, die uns die Marktwirtschaft gestattet. Diese Verantwortung definierte sich nach Ludwig Erhard in der effizienten Versorgung des autonomen Konsumenten mit Gütern, also nach Außen, dem Markt und dem Wettbewerb zugewandt. Der ökonomische Prozess,

so sein Gebot, hat sich am Wohl des Einzelnen und der Gemeinschaft auszurichten. Es ist somit die Gesellschaft, die den Rahmen für die unternehmerische Freiheit bestimmt.

Und das heißt – damals wie heute, meine Damen und Herren – dass die Freiheit des Unternehmers dort endet, wo sie mit den gesellschaftlich wünschenswerten Zielen nicht in Übereinstimmung zu bringen ist. Übersetzt in die Moderne: Die gesellschaftliche Verantwortung des Unternehmers erschöpft sich nicht länger in betrieblich optimierten Strukturen und Prozessen, auch wenn wir damit die meiste Zeit verbringen. Sie wird erst darüber hinaus sichtbar durch die Übernahme von – ich gebrauche dieses Wort nur einmal als Erinnerungsposten – Corporate Social Responsibility (CSR). Oder: Der autonome Konsument erwartet vom Unternehmen und vom Unternehmer mehr als ein Produkt; erhält er dieses Mehr nicht, kauft er woanders bzw. sucht sich seine Stelle woanders.

Wenn Sie mit mir übereinstimmen, dass es angesichts des sich rapide verändernden gesellschaftlichen und technologischen Umfelds zu einer Änderung unzureichender unternehmerischer Bedingungen kommen muss, dann haben wir von einem Staat, der an Steuerungsmöglichkeit und Durchsetzungsvermögen spürbar eingebüßt hat, wenig zu erwarten. Eine Flut von Gesetzen und Durchführungsverordnungen bis in das kleinste Detail sind für mich eher ein Indiz der Hilflosigkeit. Der Rückzug auf das formale Regulativ ist schon deshalb ungeeignet, weil es immer vergangenheitsbezogen ist, Dispositionsfreiheit und Kreativität einschränkt und letztendlich unsozial ist, weil unvermeidbare Spielräume gerade dann prinzipienlos und nur auf den eigenen Vorteil bedacht ausgenutzt werden. Die wertorientierte Solidargemeinschaft verkrustet zu einer Gesellschaft, in der Lobbyismus, Parteilichkeit und Opportunismus eine ungute Richtung bestimmen.

Warten wir nicht ab, dass gesetzliche und administrative Anordnungen – und dazu zähle ich auch Inhalte von Flächentarifverträgen – die eben diese unternehmerische Dispositionsfreiheit einschränken, uns daran hindern, die neue Soziale Marktwirtschaft eigenverantwortlich, kreativ und betriebsindividuell zu verwirklichen. Bedenkliche Beispiele dafür sind: Beschäftigungsquote von Frauen und Älteren, zusätzlicher, vom Unternehmen zu bezahlender Bildungsurlaub, Branchen-Mindestlöhne aber auch die unbefristete Übernahme sämtlicher Auszubildender. Jede Willkür untergräbt die Demokratie, auch die Willkür der Wohlmeinenden.

Warten wir also nicht ab, dass sich durch Bevormundung und die Versagung von Informationen die Distanz zur Politik weiter vergrößert und damit den Raum öffnet für eine Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung, die die Väter des Grundgesetzes ausdrücklich ausgeschlossen haben.

Um die gesellschaftliche Verantwortung der Unternehmen und der Unternehmer inhaltlich zu beschreiben, müssen wir die Frage beantworten: Was erwarten die Menschen eigentlich, wie wollen sie sich in dieser Gesellschaft wiederfinden? Der Nobelpreisträger für Wirtschaftswissenschaften (1998) Amartya Sen beschreibt das mit dem Anspruch an Verwirklichungschancen. Entsprechend sei die Güte einer Gesellschaft primär danach zu bewerten, wie groß die von ihren Mitgliedern genossenen substanziellen Freiheiten sind, die den Individuen die Möglichkeit geben, einen Lebensweg zu wählen, der am besten die eigenen Fähigkeiten fördert. Dahinter versteht sich die Gleichwertigkeit unter Anerkennung von tatsächlich bestehenden

sozialen, religiösen, geschlechtlichen oder ethnischen Unterschieden. Ich habe Zweifel, ob unsere Gesellschaft diesem Anspruch wirklich genügt.

Indem traditionelle Institutionen und Organisationen wie Schulen, Kirchen, Verbände, Gewerkschaften und Parteien an Bindungskraft und Integrationsvermögen verlieren, identifizieren sich die Menschen mehr und mehr mit ihrer Zugehörigkeit zu einem Unternehmen, seinen Produkten und seiner ganz eigenen Kultur. In diesem Mikrokosmos finden sie Verwirklichungschancen und innerhalb einer Belegschaft individuelle Akzeptanz und das Forum für eine Kommunikation, die über die betrieblichen Angelegenheiten hinaus auch den persönlichen und privaten Bereich einschließt. Mit dem zunehmenden Verlust verbindlicher Werte in einer sich immer weiter differenzierenden Gesellschaft kommt der sozialen Verankerung der Menschen in ihrem beruflichen Umfeld eine wachsende Bedeutung zu. Das hat Konsequenzen. Unternehmen und Unternehmer müssen erkennen, dass ihr Handeln jenseits der traditionellen Markt- und Produktverantwortung ein neues gesellschaftliches – weil ordnungspolitisches – Gewicht erhält. Das verlangt den Mut, seine Werteüberzeugung zu äußern und ihr zu folgen, das ausdrückliche Bekenntnis zur Weiterentwicklung der Sozialen Marktwirtschaft, das ehrenamtliche und durchaus kommunale Engagement, gerade dort, wo Bürger Probleme haben mit ihrem Lebensweg, ihren Perspektiven, ihrem Bild von der Gesellschaft. Dazu gehört das Vorbild, mit dem Unternehmen und Unternehmer in Deutschland nicht nur eine bemerkenswerte Industriegeschichte geschrieben, sondern ebenso innovativ soziale und gesellschaftliche Entwicklungen vorangebracht haben.

Und hier in Sachsen allemal.

Der Gedanke, mit einer eigenen Kultur dem Unternehmen und seinen Produkten ein positives Profil zu geben, ist nicht neu. Größere Unternehmen praktizieren das mit einem augenfälligen Sponsoring, das jedoch ohne einen ausdrücklichen und nachvollziehbaren Bezug zu einer gesellschaftlichen Sinnstiftung eher als Marketingstrategie verstanden wird. Die bedeutenden Mittel, die hier – beispielsweise dem Sport – zufließen, sollen nicht geringgeschätzt werden, aber diese Art von PR-Arbeit deckt gesellschaftliche Verantwortung, wie wir sie neu verstehen müssen, nicht oder nur unzureichend ab.

Wenn Unternehmen eine gesellschaftliche Vorbildfunktion und damit eine weiterreichende ordnungspolitische Aufgabe erfüllen sollen, und ich bin davon überzeugt erfüllen müssen und auch können, dann werden Glaubwürdigkeit, Vertrauen und Akzeptanz neben der Produktverantwortung einen gleichen, wenn nicht einen höheren Stellenwert erhalten. Unternehmer und leitende Mitarbeiter sind dabei aufgefordert, alle Beteiligten in Überlegungen und Entscheidungen, die nicht nur unmittelbar mit der Erstellung des Produktes oder der Dienstleistung zusammenhängen, einzubeziehen und die Sinnhaftigkeit des Tuns, den gesellschaftlichen Nutzen auch in eine kritische Öffentlichkeit hinein, zu verdeutlichen. Das macht Führen nicht einfacher, aber es ist genau die Art von Kommunikation und Teilhabe, die staatliches Handeln über weite Strecken vermissen lässt. So kann es gelingen, an einem Ort, der für sich schon eine hohe soziale Relevanz hat, eine gesellschaftliche Wende hin zu einem gemeinschaftlichen Bürgersinn mit einem neuen Wertebewusstsein zu schaffen.

Das bedeutet nicht, dass Unternehmen ihre hauptsächliche Bestimmung, Gewinn zu erwirtschaften, vernachlässigen. Vielmehr sehe ich in dieser Führungsaufgabe eine lohnende Investition, weil sie der Gesellschaft, die die unternehmerische Freiheit autorisiert, zu Gute kommt und letztendlich auch dem internen Wirkungsgrad und dem Markenwert des Unternehmens.

Und es bedeutet auch nicht, dass sich die Wirtschaft zum Oberlehrer für die Politik versteht. Es geht nur miteinander. Das dafür nötige gemeinsame Vertrauen – meine ich, lieber Herr Tillich – haben wir hier in Sachsen.

Vielen Dank, dass Sie heute hierher gekommen sind. Ich wünsche Ihnen nun noch einen unterhaltsamen Verlauf dieses Abends.